

USA

KUBA-REPARATIONEN

Priester gratis

Die Demokratin, der Republikaner und der Gewerkschaftler jammernten im Trio. Eleanor Roosevelt, Witwe des Weltkrieg-II-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, Dr. Milton Eisenhower, Bruder des Kennedy-Vorgängers Ike, und Walter Reuther, Chef der Automobilarbeiter-Gewerkschaft, appellierten gemeinsam an die amerikanische Nation.

Es galt, 15 bis 20 Millionen US-Dollar flüssig zu machen, um die Reparationsforderungen Fidel Castros zu erfüllen, der sich seinen Sieg in der Schweinebucht von Kuba teuer bezahlen lassen will.

Am 17. Mai hatte der bärtige Diktator vor Landarbeitern in Havana verkündet: „Wenn die (amerikanischen) Imperialisten nicht zusehen wollen, wie ihr Ungeziefer zu Zwangsarbeiten herangezogen wird, dann sollen sie uns statt dessen Traktoren schicken.“

Mit dem Ungeziefer waren die 1214 US-armierten Rebellen gemeint, die während der mißglückten Kuba-Invasion vom April in die Hände der Castro-Soldaten gefallen waren.

Bald darauf konkretisierte Castro sein Menschenhandelsgeschäft. Amerikas Presse verglich es mit dem Tauschgeschäft, das Juden-Liquidator Eichmann vor 17 Jahren den Alliierten angeboten hatte.

Eichmanns Preis wären 10 000 Lastwagen für eine Million ungarischer Juden gewesen. Castro forderte für die 1214 Gefangenen 500 Traktoren des Typs „Caterpillar D-8 Super“ zum Stückpreis von etwa 40 000 Dollar (160 000 Mark).

Voller Sarkasmus bot der Kubaner außerdem an, alle spanischen Priester auf der Zuckerinsel „ohne besondere Kosten“ mitzuliefern.

Dazu Gewerkschaftsboß Reuther: „Mrs. Roosevelt, Dr. Eisenhower und ich werden sofort ein nationales Komitee gründen, um die erforderlichen Geldmittel zu sammeln und mit dem Castro-Regime zu verhandeln.“

Und die greise, mit einem Blumenhut geschmückte Präsidentenwitwe sekundierte: Das „Tractors for Freedom“ (Traktoren für die Freiheit)-Komitee lasse sich nicht zum Instrument einer Erpressung machen. „Das ist kein Appeasement. Alles, was wir wollen, ist: Menschenleben retten.“

Die alte Dame verschwieg zunächst, daß die Komitee-Gründung keineswegs eine Idee der drei Obersammler gewesen war. Vielmehr hatte Präsident Kennedy selbst den Gewerkschaftler Reuther und die Parteifreundin Roosevelt angerufen und sie gebeten, zusammen mit einem prominenten Republikaner die Traktoren-Gruppe zu gründen. Kennedys Argumente klangen am Telefon so überzeugend, daß die beiden zusagten, die Hilfeleistungen für Castros Geiseln zu koordinieren.

Erst als einige Reporter bohrende Fragen stellten, trumpfte Mrs. Roosevelt auf: „Wir haben die volle Unterstützung der Regierung. Die Genehmigung für unsere Arbeit erhielten wir schon im voraus.“



Lösegeld-Sammlerin Eleanor Roosevelt
Der Präsident bat ...

Eben diese Bemerkung sowie einige Indiskretionen aus der Umgebung des Präsidenten erregten die amerikanische Öffentlichkeit derart, daß schon nach wenigen Tagen ein grimmiger Streit um das Traktoren-Tauschgeschäft entbrannte.

Wettete Richard M. Nixon, Kennedy-Rivale bei den Präsidentenwahlen: „Der Präsident soll sich aus der ganzen Sache heraushalten und die Ausführungsgenehmigungen für die Traktoren so lange verweigern, bis Fidel Castro seinen fünf Millionen Kubanern freie Wahlen zugesteht.“

Castro jedoch, durch die Sammelleidenschaft des Traktoren-Komitees ermuntert, schickte zehn Gefangene als



Lösegeld-Sammler Reuther
... um milde Gaben

Lösegeld-Werber in die Vereinigten Staaten. Als die Urlauber auf Ehrenwort in Miami landeten, trugen sie noch dieselbe Tarnkleidung, in der sie im April frohen Mutes ausgezogen waren, Kuba von der Castro-Herrschaft zu befreien.

Die düsteren Berichte der Tarnjackenträger bewegten viele Amerikaner, tief in die Börse zu greifen. Als einer der ersten trug sich der New Yorker Kardinal Spellman mit 5000 Dollar in die Spenderliste ein; ihm folgte William D. Pawley, ehemaliger US-Botschafter in Kuba, mit 25 000 Dollar. Kirchen und Sekten schickten zwischen 50 und 100 Dollar. Und aus dem Weißen Haus verlautete, auch der Privatmann John F. Kennedy werde sich mit einer ansehnlichen Summe beteiligen.

Der Präsident John F. Kennedy tat ein übriges und forderte seine Mitbürger auf, „so viel zu stiften, wie jeder kann“. Die Regierung, so teilte er mit, sei zwar an den Verhandlungen mit Castro nicht beteiligt, werde aber alles tun, um die humanitären Bemühungen der Geldsammler zu unterstützen. In zwei Punkten wolle sie besondere Zugeständnisse machen:

- ▷ Die Spenden für das „Tractors for Freedom“-Unternehmen würden steuerfrei sein;
- ▷ das State Department werde die Ausführungsgenehmigungen für die Traktoren nach dem mit einem US-Handelsembargo belegten Kuba beschleunigt erteilen.

Darauf hingewiesen, daß die Sammler durch ihre geplanten Verhandlungen mit Castro ein Bundesgesetz verletzen würden, entgegnete der Präsident: „Mir ist gesagt worden, dies Gesetz gelte nur dann, wenn Privatpersonen beabsichtigen, die Politik der Vereinigten Staaten zu durchkreuzen.“

Diese Ankündigungen des Präsidenten steigerten die nationale Erregung. Kennedy-Kritiker folgerten nun, da jede Steuerbefreiung einen Griff in den Staatssäckel bedeutet, daß die Regierung auf diese Weise stillschweigend die Berechtigung der von Castro geforderten Reparationen anerkannt habe.

Im Weißen Haus gingen innerhalb weniger Tage fast tausend Briefe ein. Mehr als die Hälfte der Briefschreiber kritisierte den Beschluß der Regierung, sich auf dem Umweg über die Steuerbefreiung an den Reparationskosten zu beteiligen.

Die Republikaner verwahrten sich offiziell in einer von Nixon inspirierten Erklärung dagegen, daß die Regierung eine Bewegung unterstütze, „die danach trachtet, das amerikanische Volk Erpressungsgelder zahlen zu lassen“.

Im Senat attackierten Sprecher beider Parteien den Plan Kennedys, dem Traktoren-Komitee, ähnlich wie wohlthätigen Instituten, Steuerbegünstigungen zu gewähren. Grollte der demokratische Senator Harry F. Byrd, Vorsitzender des Finanzausschusses: „Seit wann bezeichnet man die Zahlung von Erpressungsgeldern als wohlthätiges Unternehmen?“

Zwar verwies das State Department darauf, daß bereits in 15 südamerikanischen Republik Solidaritätssammlungen veranstaltet würden, weil der Menschenhändler Castro durch seine zynische Offerte allenthalben Sympathie verloren habe, aber der Yankee-Stolz der Kennedy-Kritiker ertrug nicht, für

die erste Niederlage in Kennedys erstem Stellvertreterkrieg die ersten Reparationen der amerikanischen Geschichte zu zahlen.

Anfang vergangener Woche forderten die republikanischen Senatoren schließlich, der Finanz- und Haushaltsausschuß solle die Steuerbefreiung ablehnen und das State Department solle vor der endgültigen Entscheidung des Ausschusses alle Ausfuhrgenehmigungen für die Traktoren verweigern.

Auch Demokrat William Fulbright, Vorsitzender des Außenpolitischen Senatsausschusses, schloß sich der republikanischen Kritik an: „Regierung und Senat sollten es nicht billigen, daß für eine solche Erpressung auch nur ein Cent gezahlt wird.“

„Stellen Sie sich vor“, suchte daraufhin Kennedy seine wankende Position vor einigen Senatoren zu verteidigen, „die Regierung wäre gegen diese Sammlung. Was glauben Sie, wie die Menschen in aller Welt reagierten, wenn Castro ein paar Rebellen erschießen würde?“

In dieser Art der Betrachtung ausnahmsweise einmal mit seinem amerikanischen Gegenspieler einig, bemühte sich Langbart Castro, seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen: Nach Rückkehr seiner zehn Lösegeld-Emissäre aus den USA ließ er demonstrativ drei weitere Gefangene zum Tode verurteilen.

FRANKREICH

EVIAN

Bella am Telephon

Zur gleichen Stunde, da sich am Genfer See die Unterhändler der algerischen Exilregierung auf ihre erste Begegnung mit den Delegierten Frankreichs in Evian-les-Bains vorbereiteten, kurvten drei „Sikorsky“-Hubschrauber der französischen Gendarmerie über der winzigen Atlantik-Insel Aix.

Die Helikopter-Piloten hatten Befehl, den seit viereinhalb Jahren in der Festung Aix eingekerkerten Vizepremier der Exilregierung, Mohammed Ben Bella — nach wie vor einer der prominentesten Führer der FLN-Rebellen —, sowie seine ebenfalls mit Ministertiteln geschmückten Mitgefangenen Ait Ahmed Hocine und Mohammed Khider auf das Festland zu bringen.

Als sich ein wenig später im Hôtel du Parc zu Evian Frankreichs Algerien-Minister Louis Joxe und der algerische Delegationschef Krim Belkassim zum ersten Male gemessen voneinander verbogen, packten Vizepremier Ben Bella und seine Gefährten im Château de La Fessardière bei Turquant an der Loire bereits ihre Koffer aus.

Kurz darauf stießen zwei weitere algerische Minister zu ihnen, die bis dahin im französischen Zuchthaus von Fresnes gesessen hatten: Rabach Bitat und Mohammed Budiaf.

Ben Bella und seine Mitgefangenen hatten bis zuletzt gehofft, Frankreichs Staatschef werde sich den resoluten FLN-Forderungen beugen und die fünf inhaftierten Mitglieder des algerischen Exilkabinetts vor Konferenzbeginn nach Evian entlassen.

Doch de Gaulle, um sein Prestige besorgt, wählte angesichts der unruhigen „Ultras“, die noch immer Ben Bellas Kopf fordern, einen vorsichtigen Kompromiß: Die Haft der Rebellenführer



FLN-Rebell Ben Bella
Von de Gaulle dekoriert

wurde in eine komfortable „résidence surveillée“ (Zwangsarrest) umgewandelt, wie sie auch der Prophet des algerischen Nationalismus und abgehalfterte FLN-Konkurrent Messali Hadsch (SPIEGEL 16/1961) genießt.

Aus dem Loire-Château dirigiert nun Ben Bella, einer der neun „historischen Chefs“ (so der FLN-Jargon) des Aufstands, im Zusammenspiel mit Krim Belkassim per Kurier und Telephon (wobei er weiß, daß Frankreichs Geheimdienst mithört) die algerische Delegation in Evian.

Noch im November 1959 waren Versuche de Gaulles, mit der algerischen Exilregierung ins Gespräch zu kommen,

daran gescheitert, daß Premier Ferhat Abbas demonstrativ seinen in der Festung von Aix einsitzenden Stellvertreter Ben Bella zum Verhandlungs-Bevollmächtigten bestimmte, den Paris aber nicht akzeptierte.

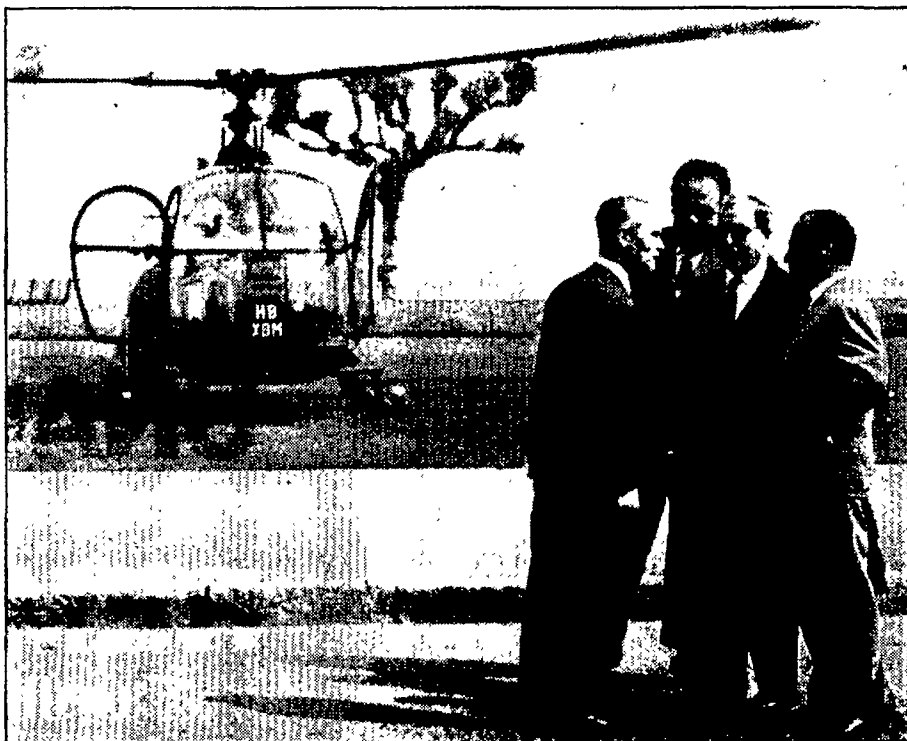
Diesmal zeigte die französische Regierung Verständnis dafür, daß Häftling Ben Bella hinter der Szene Konferenzregie führt, während der algerische Delegationschef und Außenminister Krim Belkassim Frankreichs innenpolitische Schwierigkeiten respektierte und sich mit rhetorischen Protesten gegen den verlängerten „Zwangsarrest“ seines Kabinettskollegen begnügte.

Der aus proletarischem Milieu stammende, hochdekorierte ehemalige Hauptfeldwebel der französischen Armee Mohammed Achmed Ben Bella verkörpert den Freiheitskampf des algerischen Volkes weit besser als etwa der bourgeoisie, auf Pariser Parlamentsbänken zum Politiker gereifte und mit erheblicher Verspätung in die Rebellion eingestiegene Apotheker Ferhat Abbas.

Der viermal wegen besonderer Tapferkeit im französischen Heeresbericht zitierte Berufssoldat Ben Bella, dem General de Gaulle eigenhändig die höchste für Unteroffiziere erreichbare Auszeichnung, die „Médaille Militaire“, an die Feldbluse geheftet hatte, war nach dem Kriege zunächst in seinen Heimatort Marnia bei Oran zurückgekehrt. Dort bewarb er sich bei der französischen Verwaltung um einen Vertrauensposten. Höhnisch wies man den Algerier als „ungebildeten Tölpel“ ab.

Nach dieser Demütigung schloß er sich der damals von Messali Hadsch und Ferhat Abbas geführten nationalistischen Bewegung Algeriens an.

Doch der Ex-Berufssoldat kam schnell zu der Erkenntnis, daß die Algerier dem militärischen Druck der französischen Kolonialmacht militärischen Gegendruck entgegensetzen mußten. 1947 organisierte er als Vorläuferin der späteren Rebellen-Armee die „Organisation Secrète“ (Geheimorganisation), deren



FLN-Diplomaten in Evian: Von Ben Bella dirigiert